



## Merkblatt (Stand: November 2022)

### Antrag auf Erteilung einer Betriebserlaubnis für eine Apotheke und / oder Filialapotheke/n

**Grundlage:** Gesetz über das Apothekenwesen (Apothekengesetz - ApoG) i.V.m. der Verordnung über den Betrieb von Apotheken (Apothekenbetriebsordnung - ApBetrO)

Dem formlosen Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb einer Apotheke sind folgende Unterlagen beizufügen:

#### A. Persönliche Unterlagen des Antragsstellers:

1. amtlich beglaubigte Kopie der deutschen Approbationsurkunde (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 ApoG)
2. tabellarischer Lebenslauf mit Angaben über Ausbildung und bisherige berufliche Tätigkeiten (§ 2 Abs. 3 ApoG)
3. ärztliche Bescheinigung mit folgendem Wortlaut:  
"Herr / Frau ist nicht in gesundheitlicher Hinsicht ungeeignet, eine Apotheke ordnungsgemäß zu leiten (§ 2 Abs. 1 Nr. 7 ApoG)  
(Die Ausfertigung durch einen Amtsarzt ist nicht Bedingung)
4. Erklärungen gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 und 8 ApoG (Anlage 1a)
5. Eidesstattliche Versicherung gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 5 ApoG (Anlage 2a)
6. amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als 6 Wochen sein darf (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 ApoG), Belegart 0 gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz

#### B. Persönliche Unterlagen des Filialleiters:

1. amtlich beglaubigte Kopie der deutschen Approbationsurkunde (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 ApoG)
2. tabellarischer Lebenslauf mit Angaben über Ausbildung und bisherige berufliche Tätigkeiten (§ 2 Abs. 3 ApoG)

3. ärztliche Bescheinigung mit folgendem Wortlaut:  
 "Herr / Frau ist nicht in gesundheitlicher Hinsicht ungeeignet, eine Apotheke ordnungsgemäß zu leiten (§ 2 Abs. 1 Nr. 7 ApoG)  
 (Die Ausfertigung durch einen Amtsarzt ist nicht Bedingung).
4. Erklärungen gemäß § 2 ApoG (siehe Anlage1b)
5. Eidesstattliche Versicherung gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 5 ApoG (Anlage 2b)
6. amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als 6 Wochen sein darf (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 ApoG), Belegart 0 gemäß § 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz
7. Kopie Arbeitsvertrag / Filialleitungsvertrag (§2 Abs. 5 Nr. 2 ApoG)

### **C. Unterlagen zu den Räumlichkeiten (nur bei einer Erstbeantragung):**

1. Nachweis der Verfügungsberechtigung über die Apothekenräume:  
 Sofern der Antragsteller / die Antragstellerin nicht Eigentümer/in der Räume ist, ist der Hauptmietvertrag vorzulegen. Sollte es sich bei dem abgeschlossenen Mietvertrag um einen Untermietvertrag handeln, sind darüber hinaus alle dazwischenliegenden Mietverträge vorzulegen (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 ApoG)
2. Apothekenpachtvertrag und ggf. der Schiedsvertrag, wenn die Erlaubnis zum Betrieb der Apotheke als Pächter/in beantragt wird (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 ApoG)
3. Kaufvertrag bzw. Erbschein, wenn die Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb einer bestehenden Apotheke nach Kauf oder Erbschaft beantragt wird (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 ApoG)
4. OHG-Vertrag, wenn die Apotheke in Form einer offenen Handelsgesellschaft betrieben werden soll (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 ApoG)
5. Grundrisse der Apothekenbetriebsräume (Maßstab **1:100** oder 1:50) in zweifacher Ausfertigung, aus denen die Größe, die Lage, die Einrichtung sowie die Funktionsbezeichnung der einzelnen Apothekenräume ersichtlich sind. **Die Größe der Räume ist in qm in einer separaten Legende anzugeben** (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 ApoG).  
 Die Grundrisse sind mit der Anschrift/ dem Namen der Apotheke, Datum und Unterschrift des Antragstellers zu versehen. Die Möblierung sollte erkennbar sein.  
 Externe Apothekenräume (z.B. Impfstellen, Testzentren, Verblistern, Versand, Nacht- und Notdienst, Krankenhausversorgung) sind mit Adresse und Entfernung zur Apotheke anzugeben. Entsprechende Grundrisse sind vorzulegen.
6. Ein gesonderter Arbeitsplatz für die Teerezeptur ist im Grundriss auszuweisen (§ 4 Abs. 2c ApBetrO)
7. Bezeichnung des Apothekengrundstückes nach Straße und Hausnummer, PLZ und Ort (§ 1 Abs. 3 ApoG)

8. Angaben zur Umsetzung der Vertraulichkeit der Beratung am Ort der Arzneimittelgabe (§ 4 Abs. 2a ApBetrO)
9. Beschreibung zur Umsetzung der Barrierefreiheit (§ 4 Abs. 2a ApBetrO)  
Falls die Errichtung der Barrierefreiheit nicht möglich ist und bereits eine Bestätigung der Behörde für die Apotheke vorliegt, ist die Einreichung einer Erklärung des Antragstellers ausreichend, dass sich an den bestätigten Gegebenheiten nichts geändert hat.
10. Angaben zur Sicherstellung einer Lagertemperatur < 25°C in den Bereichen Offizin, Lager und Rezeptur (§ 4 Abs. 2d ApBetrO)
11. Angaben zum Lagerort der Arzneimittel bei Lieferung über Nacht (§ 4 Abs. 2d ApBetrO)

#### **D. Unterlagen zur Finanzierung:**

1. Finanzierung (Finanzierungsbestätigung, Erklärung zur Eigenfinanzierung) (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 ApoG)

#### **E. Sonstiges:**

1. Vorlage der schriftlichen Verzichtserklärung des bisherigen Eigentümers / der bisherigen Eigentümerin auf seine/ihre Betriebserlaubnis (§ 3 Nr. 2 ApoG) und Rückgabe der Erlaubnisurkunde (Bescheide zur Erteilung der Betriebserlaubnis sind hiervon ausgeschlossen). Die Rücksendung der Urkunden kann auf Wunsch nach Entwertung erfolgen. Hierfür ist eine Zustelladresse anzugeben.
2. Darstellung der relevanten Verfahren im Rahmen des QM-Systems für die Apotheke (per E-Mail oder Datenaustauschplattform) (§ 2a ApBetrO)
3. Angaben zum Versandhandel nach § 11a ApoG, soweit zutreffend
4. Auflistung des pharmazeutischen Personals für alle bestehenden / beantragten Apotheken mit Angabe der Qualifikation und Wochenarbeitszeit (§ 3 Abs. 2 ApBetrO)
5. Öffnungszeiten für alle bestehenden / beantragten Apotheken (§ 23 ApBetrO)
6. Angaben zu Krankenhaus- und / oder Heimversorgungsverträgen (§§ 12a und 14 Abs. 4 ApoG)
7. Datum, zu dem die Betriebserlaubnis erteilt werden soll
8. Zustelladresse für die Betriebserlaubnis
9. Telefonnummer, Telefaxnummer, E-Mail - Adresse der Apotheke

Folgende Unterlagen sind im Original vorzulegen:

- Führungszeugnis
- ärztliche Bescheinigung
- Erklärungen des Antragstellers / Filialleiters
- Eidesstattliche Versicherung des Antragstellers / Filialleiters

Hinweis: weitere Unterlagen können bei Bedarf vom TLV angefragt werden.

Eine abschließende Bearbeitung des Antrages erfolgt erst bei Vollständigkeit aller geforderten Unterlagen. Auch vor dem Hintergrund, dass ggf. noch eine SMC-B beantragt werden muss, sollen diese mindestens 8 Wochen vor dem gewünschten Termin vorliegen.

## Erklärungen des Antragsstellers

Zum Antrag auf Erteilung der Betriebserlaubnis für die

Name der Hauptapotheke

Anschrift der Hauptapotheke

.....

.....

als Hauptapotheke sowie der

Name der 1. Filialapotheke

Anschrift der 1. Filialapotheke

.....

.....

Name der 2. Filialapotheke

Anschrift der 2. Filialapotheke

.....

.....

Name der 3. Filialapotheke

Anschrift der 3. Filialapotheke

.....

.....

als Apothekenleiter gebe ich gemäß dem Gesetz über das Apothekenwesen folgende Erklärungen ab:

1. Ich bin voll geschäftsfähig.
2. Ich bin weder straf- noch berufsgerichtlich vorbestraft; auch sind keine derartigen Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland gegen mich anhängig.
3. Ich verpflichte mich der Behörde mitzuteilen, ob und ggf. an welchem Ort ich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen Rechtsanspruch eingeräumt haben, eine oder mehrere Apotheken betreibe.
4. Ich bin mir darüber im Klaren, dass eine erteilte Betriebserlaubnis zurückgenommen werden muss, wenn diese Erklärung inhaltlich unzutreffend ist und wenn ich mich bei meiner Berufsausübung für die Leitung einer Apotheke als unzuverlässig erwiesen habe.
5. Hiermit erkläre ich die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Erklärungen des Filialleiters

Als Filialleiter/in für die

Name der Filialapotheke

Anschrift der Filialapotheke

.....

.....

gebe ich folgende Erklärungen ab:

1. Ich bin voll geschäftsfähig.
2. Ich bin weder straf- noch berufsgerichtlich vorbestraft; auch sind keine derartigen Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland gegen mich anhängig.
3. Ich verpflichte mich der Behörde mitzuteilen, ob und ggf. an welchem Ort ich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem Vertragsstaat, dem Deutschland und die Europäische Union vertraglich einen Rechtsanspruch eingeräumt haben, eine oder mehrere Apotheken betreibe.
4. Hiermit erkläre ich die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
geb. am

\_\_\_\_\_  
in

Anschrift:

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

### **Eidesstattliche Versicherung des Antragsstellers**

Hiermit erkläre ich, dass ich keine Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Absprachen getroffen habe, die gegen § 8 Satz 2, § 9 Abs. 1, § 10 oder § 11 des Gesetzes über das Apothekenwesen verstoßen.

In Kenntnis der Bedeutung einer Versicherung an Eides Statt und der Strafbarkeit einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung versichere ich an Eides Statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
geb. am

\_\_\_\_\_  
in

Anschrift: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

**Eidesstattliche Versicherung des Filialleiters**

Hiermit erkläre ich, dass ich keine Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Absprachen getroffen habe, die § 11 des Gesetzes über das Apothekenwesen verstoßen.

In Kenntnis der Bedeutung einer Versicherung an Eides Statt und der Strafbarkeit einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung versichere ich an Eides Statt, dass ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



## **Auszug aus dem Strafgesetzbuch**

### **§ 156: Falsche Versicherung an Eides Statt**

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

### **§ 161: Fahrlässiger Falscheid**

(1) Wenn eine der in den §§ 154 bis 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.